

Newsletter Integration und Migration

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES AUS THÜRINGEN	1
Arbeitsmarkt-Studie	1
Publikation „Thüringer Zustände 2023“	2
Landesaufnahmeprogramm Syrien	2
Wie tickt Thüringen? Lebenszufriedenheit im Freistaat	2
NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND	2
Angriffe auf Geflüchtete 2023 fast verdoppelt	2
OECD-Studie: Ausländische Fachkräfte werden häufig diskriminiert	3
OECD: Bericht: Gute und schlechte Noten für Integration in Deutschland	3
Studie: Willkommenskultur bleibt trotz Sorgen stabil	4
Studie: Geflüchtete gehen seltener zum Zahnarzt	4
Studie: Auf der Flucht gestorben	4
Amtliche Statistik: Arbeitsmigration von Nicht-EU-Bürgern so hoch wie nie	5
Studie: Rassismus am Arbeitsplatz weit verbreitet	5
Studie: Mehr Menschen mit ausländischen Wurzeln könnten arbeiten	5
Bevölkerung: Rund 30 Prozent haben Migrationshintergrund	6
Einbürgerungen: Neuer Höchstwert im Jahr 2023	6
Staatsangehörigkeitsreform: Mehr als 200.000 offene Einbürgerungsanträge	6
Religionsmonitor 2023	6
BAMF: Migrationsbericht 2022	7
GLOBALE NACHRICHTEN	8
1,5 Prozent der gesamten Weltbevölkerung vertrieben	8
EU-Asylzahlen: Mehr Asylanträge, mehr positive Bescheide	8
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	9
Impressum	9

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Arbeitsmarkt-Studie: Ohne Einwanderung aus dem Ausland geht es in Thüringen nicht

Viele Firmen können offene Stellen nicht besetzen oder bekommen keine Azubis. Das Fachkräfteproblem im Freistaat lässt sich ohne mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland nicht lösen. Das geht aus einer aktuellen Studie hervor.

Thüringen steuert nach einer Studie ohne mehr Einwanderer aus dem Ausland auf erhebliche Arbeitsmarktprobleme zu. Ohne Migration fehlten bis zum Jahr 2035 bis zu 123.000 Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter im Freistaat, teilte die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit am Dienstag mit. Sie berief sich auf Ergebnisse einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Halle. „Langfristiges Wirtschaftswachstum gibt es nur mit Zuwanderung“, erklärte die Regionaldirektion. Dabei gehe es um Zuwanderer aus Europa, aber auch aus anderen Teilen der Welt.

Nötig seien Strategien und Instrumente, die schnell greifen und langfristig wirksam sind. „Wenn deutlich mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland zuwandern statt abwandern, kann das den Rückgang des Arbeitskräfteangebots zumindest abschwächen.“

Zahl der ausländischen Beschäftigten steigt

Nach den Angaben des Instituts stieg die Zahl der ausländischen Beschäftigten in Thüringen zwischen 2013 und 2022 von 13.150 auf 62.200. Die Zahl der deutschen Beschäftigten verringerte sich in diesem Zeitraum um 19.700. Der Anteil der Männer bei den ausländischen Beschäftigten war mit 66 Prozent höher als bei den deutschen Beschäftigten mit 51 Prozent. Traditionelle Familienrollen, fehlende Kinderbetreuung oder geringere Bildungsbeteiligung können Gründe für die geringere Beschäftigung von Frauen aus dem Ausland sein.

77 Prozent der beschäftigten Ausländer waren im Alter von 25 bis unter 55 Jahren.

Bei deutschen Beschäftigten lag der Anteil in dieser Altersgruppe bei knapp 64 Prozent. Ausländische Arbeitnehmer waren vor allem in der Industrie und in Zeitarbeitsfirmen beschäftigt.

Die größte Gruppe unter Arbeitnehmern mit ausländischem Pass stellten Polen mit 13.200, Rumänen mit 8.100 und Syrer mit 4.100. Den niedrigsten Anteil ausländischer Beschäftigter wiesen in dem untersuchten Zeitraum der Kyffhäuserkreis und der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt auf – den höchsten Anteil die Kreise Gotha und Sonneberg sowie die Landeshauptstadt Erfurt.

Start der Chancenkarte

Laut Regionaldirektion wird zum 1. Juni eine sogenannte Chancenkarte eingeführt – für den Aufenthalt zur Arbeitsplatzsuche. Sie erhalten Menschen, die eine volle Gleichwertigkeit ihrer ausländischen Qualifikation nachweisen oder Menschen, die einen ausländischen Hochschulabschluss, einen mindestens zweijährigen Berufsabschluss oder einen von einer deutschen Auslandschamber erteilten Berufsabschluss vorweisen. Zudem seien einfache deutsche oder englische Sprachkenntnisse erforderlich.

Die Chancenkarte werde für maximal ein Jahr erteilt, wenn der Lebensunterhalt für diese Zeit gesichert werden kann. Sie könne um zwei Jahre verlängert werden. Zudem eröffne eine „Westbalkanregelung“ Staatsangehörigen von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien einen Arbeitsmarktzugang in Deutschland. Das gelte für die Beschäftigung in Berufen, die nicht reglementiert seien. Diese Regelung sei ursprünglich bis Ende 2023 befristet gewesen. Ab Juni 2024 betrage das Kontingent jährlich 50.000 Erlaubnisse durch die Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: MiGLETTER 22.05.2024

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Publikation „Thüringer Zustände 2023“

Die Publikationsreihe bietet eine kompakte, faktenbasierte Darstellung und kritische Einordnung der Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen. Sie ist eine zivilgesellschaftliche Alternative zu den vorliegenden, teilweise lückenhaften Einschätzungen der zuständigen staatlichen Behörden. Die „Thüringer Zustände“ erscheinen das vierte Jahr in Folge.

Welche Themen werden in der aktuellen Ausgabe behandelt?

- Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Thüringen 2023
- Die extreme Rechte in Thüringen 2023
- Explosion antisemitischer Vorfälle: Die Folgen des Massakers der Hamas in Thüringen
- #nordhausenzusammen: Wellenbrecher in Nordthüringen
- Stadt, Land, AfD: Antidemokrat*innen auf dem Vormarsch?
- Regionale Verbitterung und Rechtspopulismus: Auswirkung auf Unternehmenspraktiken, -netzwerke und -wettbewerbsfähigkeit
- AfD-Verbot: Verzichtet die „wehrhafte Demokratie“ auf ihre Waffen?
- Feindbild ‚links‘: Kontinuitäten antilinker Gewalt
- Sekundäre Viktimisierung durch Polizei und Justiz
- Raus aufs Land“: Ausbau der Antidiskriminierungsberatung in Thüringen

Die „Thüringer Zustände“ werden herausgegeben von ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, von MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, vom KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Friedrich-Schiller-Universität Jena und vom IDZ – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Weitere Informationen sind hier zu finden: www.thueringerzustaende.de.

Quelle: ezra - Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen

Landesaufnahmeprogramm Syrien

Seit 2013 gibt es in Thüringen Landesaufnahmeprogramme für syrische Familienangehörige, das aktuelle endet zum 31.12.2024.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage (Drs. 7/9710) von Katharina König-Preuss (DIE LINKE) wird sichtbar, wie unterschiedlich das Programm in den Landkreisen/ kreisfreien Städten Thüringens bislang umgesetzt wurde.

Im Jahr 2023 (bis November) wurden für das Programm auffallend niedrige bis keine Vorabzustimmungen seitens der Ausländerbehörden in den Landkreisen/ kreisfreien Städten Greiz, Hildburghausen, Jena, Ilmkreis und Nordhausen erteilt. Noch düsterer sieht es bei dem bis Ende 2023 laufenden und noch nicht verlängerten Landesaufnahmeprogramm für afghanische Familienangehörige aus. Während 2023 (bis November) immerhin 751 Vorabzustimmungen für syrische Familienangehörige erteilt wurden, gelang dies für afghanische Familienangehörige lediglich in 51 Fällen.

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Ein Kriterium der Aufnahmeanordnung für syrische Familienangehörige ist, dass die Familienangehörigen sich "infolge der Flucht vor dem Bürgerkrieg in individueller Not oder Bedrängnis befinden". Dies wurde von manchen Behörden sehr restriktiv ausgelegt. Ein Erlass vom Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales vom 27.03.2024 gibt hierzu genauere Hinweise und sagt: "Insgesamt ist bei der Prüfung des Kriteriums der individuellen Not oder Bedrängnis ein großzügiger Maßstab anzulegen".

Auf der Homepage des Flüchtlingsrates Thüringen sind viele Informationen und Erlasse zu den Landesaufnahmeprogrammen zusammengestellt. Dort finden Sie auch ein aktualisiertes Merkblatt der Thüringer Flüchtlingspaten Syrien e.V. sowie das Bundeseinheitliche Merkblatt zur Verwendung des bundeseinheitlichen Formulars der Verpflichtungserklärung.

Link: <https://www.fluechtlingsrat-thr.de/>

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Wie tickt Thüringen? Lebenszufriedenheit im Freistaat vor dem Superwahljahr

Wie zufrieden sind die Menschen in Thüringen? Was bewegt sie vor dem Superwahljahr 2024? Diese Fragen hat diese Studie der FES Thüringen untersucht. Vor allem treiben die Befragten die Themen Migration, Zuwanderung und Asyl um. Mehr als die Hälfte (57,2 Prozent) ist der Meinung, dass sich die Landesregierung vor allem hierum kümmern sollte. An zweiter Stelle steht das Thema Bildung (35,6 Prozent) und danach Sicherheit im öffentlichen Raum (24,1 Prozent). Die überwältigende Mehrheit der Menschen in Thüringen lebt jedoch gerne im Freistaat und ist mit ihrem Leben zufrieden.

Die Studie finden Sie hier: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/erfurt/21004.pdf>

Quelle: Thüringer Zentrum für Interkulturelle Öffnung – Newsletter 19.03.2024

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Angriffe auf Geflüchtete 2023 fast verdoppelt

2023 gab es laut Bundesinnenministerium 2.378 politisch motivierte Angriffe auf Geflüchtete. Die Zahlen haben sich damit im Vergleich zum Vorjahr (1.420 Angriffe) fast verdoppelt. 313 dieser Taten waren Gewaltdelikte, 219 Personen wurden verletzt. Zudem gab es 180 Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten. Die Zahlen sind vorläufig, es können Nachmeldungen folgen. Bereits 2022 war die Zahl der Angriffe auf Geflüchtete im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. 2023 waren sie so hoch wie zuletzt 2016. Mehr in folgender Rubrik: <https://mediendienst-integration.de/desintegration/rassismus.html#c1333>

Quelle: Mediendienst 23.02.2024

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

OECD-Studie: Ausländische Fachkräfte werden häufig diskriminiert

Deutschland ist für Fachkräfte aus dem Ausland ein attraktives Ziel. Zugezogene machen aber Diskriminierungserfahrungen, die sie nicht erwartet haben. Eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigt zudem, welche Hürden die Interessierten überwinden müssen. Für die Längsschnittstudie mit dem Titel „Der Weg nach Deutschland“ hat ein Team der OECD Interessierte und tatsächlich Zugezogene in den Jahren 2022 und 2023 dreimal befragt.

Studienautor Thomas Liebig vom Berliner OECD-Büro nannte als wichtigste Erkenntnis, dass trotz hoher Motivation nur rund sieben Prozent der an der Schlussbefragung beteiligten rund 6.300 Personen inzwischen in Deutschland leben. Die wichtigsten Erfolgsfaktoren waren ein früher Kontakt zu deutschen Arbeitgebern und gute Sprachkenntnisse. Die meisten Beschwerden aller Interessierten bezogen sich auf komplizierte Verfahren und lange Wartezeiten für ein Visum.

Diskriminierung in allen Bereichen

Etwa die Hälfte der Angekommenen arbeiten in Deutschland als Ingenieure und in der IT-Branche. Zehn Prozent gehen in Gesundheitsberufe. Alle äußerten sich bei der zweiten oder dritten Befragung weit überwiegend zufrieden über ihre Lebensumstände. Sie berichtete aber zugleich von Diskriminierungserfahrungen. Liebig sprach von „erschreckend hohen Zahlen“.

Mehr als die Hälfte der Zugezogenen gaben an, bei der Wohnungssuche gegenüber Deutschen benachteiligt zu sein. 37 Prozent haben bereits Diskriminierung erlebt in Gaststätten, auf der Straße oder bei anderen Gelegenheiten im öffentlichen Raum. Bei der Arbeit, in Schulen und in Behörden – mit Ausnahme der Ausländerbehörden – war dies seltener der Fall. Die Werte liegen zwischen 15 Prozent Diskriminierungserfahrungen durch die Polizei, 23 Prozent in den Schulen der Kinder und 28 Prozent bei der Arbeit. Fast jeder Dritte (30 Prozent) fühlte sich durch Nachbarn und das Personal in Ausländerbehörden diskriminiert. Liebig sagte, die Zahlen dokumentierten einen „Abkühlungsprozess“. Vor dem Schritt nach Deutschland seien die Erwartungen der Zuwanderer durchweg positiver gewesen.

Nicht wenige geben Deutschland-Plan wieder auf

Für die Studie wurden zwischen August 2022 und Dezember 2023 Menschen in verschiedenen Ländern befragt, die Interesse daran haben, als Fachkräfte nach Deutschland zu kommen. Sie wurden über die Webseite „Make-it-in-Germany“ und Konsulate kontaktiert. Bei der Ausgangsbefragung wurden 28.914 Personen befragt, beim zweiten Mal nach sechs Monaten waren es 10.164 Personen und bei der Schlussbefragung noch 6.275 Personen, die weiterhin nach Deutschland kommen wollen, mittlerweile im Land sind oder inzwischen das Interesse verloren haben. Den Forschern zufolge ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der in der zweiten und dritten Befragung nicht mehr erreichten Personen den Plan, nach Deutschland zu kommen, aufgegeben hat oder die Voraussetzungen nicht erfüllt.

Quelle: Mediendienst 31.01.2024

OECD-Bericht: Gute und schlechte Noten für Integration in Deutschland

Im internationalen Vergleich steht Deutschland bei der Integration von Eingewanderten gut da. So lag die Erwerbstätigenquote 2022 insgesamt bei 70 Prozent und war damit höher als in den meisten anderen EU-Vergleichsländern, wie aus einem OECD-Bericht über den Stand der Integration von Eingewanderten hervorgeht.

Schlechtere Ergebnisse als andere Länder erzielt Deutschland hingegen im Bildungswesen. Die schulischen Leistungen eingewanderter Kinder und Jugendlicher können nicht mit denen der Kinder deutscher Eltern und von in Deutschland geborenen Kindern eingewanderter Eltern mithalten.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan, erklärte, die Integration funktioniere viel besser als ihr Ruf. Sie kritisierte aber, dass das Bildungssystem noch immer nicht auf die Einwanderungsgesellschaft ausgelegt sei, die Deutschland längst sei. Nachlegen müsse man auch bei der Erwerbsintegration von Frauen und geringqualifizierten.

Gute Noten für Integrationskurse – mit Einschränkungen

Gute Noten stellt der Bericht Deutschland für die Sprachförderung im Rahmen der Integrationskurse aus. Mehr als jeder zweite Eingewanderte im Erwerbsalter nimmt an einem Kurs teil – damit liegt Deutschland deutlich über dem EU-Durchschnitt. Unter Asylsuchenden, denen die Kurse prinzipiell offenstehen, sind es allerdings deutlich weniger, weil es an Plätzen fehlt. Von den Menschen, die bereits bei ihrer Ankunft über Sprachkenntnisse verfügten, sprechen nach fünf Jahren mehr als 80 Prozent fließend Deutsch.

Frauen, insbesondere Müttern mit kleinen Kindern, haben es indes schwer, in Deutschland wirklich anzukommen. Nur rund 40 Prozent der 2021 erfassten Einwanderinnen – also im letzten Jahr vor der kriegsbedingten Ankunft vieler Ukrainerinnen – waren erwerbstätig. Zum Vergleich: Unter den im Inland geborenen Müttern waren es mehr als 70 Prozent. Diese Lücke ist in Deutschland deutlich größer als in den meisten Vergleichsländern.

Schlechte Noten für die Bildung

Ein erhebliches Problem stellt der Studie zufolge auch der Anteil besonders niedrig qualifizierter Zugewanderter dar: Jeder Sechste hat keinen Schulabschluss. Von diesen geringqualifizierten ist nur jeder Zweite erwerbstätig. Zugewanderte machen 70 Prozent der Menschen ohne Schulabschluss in Deutschland aus. Auf der anderen Seite lebten zum Untersuchungszeitpunkt 600.000 hochqualifizierte Akademiker im Land, die nicht entsprechend ihrer Kenntnisse beschäftigt waren.

14 Millionen Eingewanderte in Deutschland + 1 Million Ukrainer

Deutschland ist nach den Vereinigten Staaten das OECD-Land mit der in absoluten Zahlen zweitgrößten Einwanderungsbevölkerung. 2022 lebten mehr als 14 Millionen Eingewanderte im Land, seitdem kamen über eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer hinzu sowie rund 600.000 Asylsuchende.

Link zur Studie: https://manage.oecd-berlin.de/assets/download/Immigrant%20Integration%20Germany_de.pdf

Quelle: MiGLETTER 05.07.2024

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Studie: Willkommenskultur bleibt trotz Sorgen stabil

Laut einer Umfrage steigen die Sorgen der Deutschen im Blick auf die anhaltende Einwanderung. Demnach heißt aber immer noch eine Mehrheit die Menschen willkommen. Ostdeutsche sind skeptischer, jüngere sehen häufiger die Chancen der Migration.

Trotz wachsender Sorgen wegen möglicher negativer Folgen von Migration bleibt laut einer Studie die Offenheit für Einwanderer in Deutschland stabil. Die Menschen befürchteten vor allem Kosten für den Sozialstaat, Wohnungsknappheit sowie Probleme in den Schulen, erklärte die Bertelsmann Stiftung bei der Vorstellung der Umfrageergebnisse am Dienstag in Gütersloh. Eine Mehrheit nehme weiterhin eine Willkommenskultur in den Kommunen und der Bevölkerung vor Ort wahr – in Ostdeutschland allerdings weniger als im Westen.

Für die Studie „Willkommenskultur in Krisenzeiten“ wurden 2.000 Menschen in Deutschland ab 14 Jahren im Oktober 2023 repräsentativ befragt, also noch vor der Veröffentlichung des Recherchezentrums „Correctiv“. Nach den Anfang Januar veröffentlichten Recherchen soll bei einem Treffen von hochrangigen AfD-Politikern, Neonazis und spendenwilligen Unternehmern ein Plan zur Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland vorgestellt worden sein. Dies führte daraufhin bundesweit zu Massendemonstrationen gegen Fremdenfeindlichkeit.

Aus der Studie gehe hervor, dass 78 Prozent der Befragten durch Zuwanderung Mehrkosten für den Sozialstaat befürchten, hieß es. 74 Prozent nannten als Sorgen die Wohnungsnot in Ballungsräumen und 71 Prozent Probleme in den Schulen. Ost- und Westdeutsche liegen hier mit ihren Einschätzungen nahe beieinander. Die Werte sind laut der Stiftung gegenüber früheren Befragungen gestiegen und erreichen ein ähnliches Niveau wie 2017 nach der sogenannten Flüchtlingskrise.

Bereitschaft zur Flüchtlingsaufnahme sinkt

Die Bereitschaft, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, ist laut der Umfrage in beiden Landesteilen zuletzt stark gesunken. Im Westen bejahten 58 Prozent die Aussage, Deutschland sei an seiner Belastungsgrenze angelangt – ein Anstieg um 23 Prozentpunkte gegenüber 2021. Im Osten kletterte der Wert von 42 auf 72 Prozent. Dass Deutschland aus humanitären Gründen mehr Flüchtlinge aufnehmen könne und solle, meinten nur noch 37 Prozent der westdeutschen und 27 Prozent der ostdeutschen Befragten.

Laut der Studie ist eine Mehrheit der Auffassung, dass Zuwanderer hierzulande willkommen seien. Im Blick auf Geflüchtete liegen demnach die Werte etwas niedriger.

Jüngere sehen Einwanderung positiver

Bei möglichen Vorteilen und Chancen von Migration meinten demnach 63 Prozent, diese sei wichtig für die Ansiedlung internationaler Firmen. Fast genau so viele Befragte waren jeweils der Ansicht, dass Deutschland dadurch weniger überaltert oder Zuwanderung das Leben in Deutschland interessanter mache. Über ein Viertel (27 Prozent) stimmte der Auffassung zu, Geflüchtete seien „Gäste auf Zeit“, um deren Integration Deutschland sich nicht bemühen solle (2021: 20 Prozent).

Junge Menschen bis 29 Jahren sehen laut der Studie häufiger positive und seltener negative Folgen von

Zuwanderung. Zum Beispiel sagten in dieser Altersgruppe 64 Prozent, Zuwanderung gleiche den Fachkräftemangel aus – von allen Befragten stimmten dem nur 47 Prozent zu. Nur 48 Prozent der jüngeren sahen Probleme in den Schulen durch Zuwanderung, insgesamt waren rund 70 Prozent der Befragten dieser Meinung.

Skepsis steigt in Zeiten starker Zuwanderung

In den seit 2012 durchgeführten Umfragen zur Willkommenskultur zeigt sich laut der Stiftung immer wieder eine „ambivalente“ Haltung der Bevölkerung gegenüber Migration: Es würden sowohl positive als auch negative Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft erwartet. In Zeiten eines sprunghaften Anstieges von Zuwanderung durch Flucht wie 2015/2016 und zuletzt 2022/2023 komme es vermehrt zu skeptischen Einschätzungen – bei weiterhin größtenteils bestehender Offenheit gegenüber Migranten.

Die Ergebnisse erlaubten die Schlussfolgerung, die gestiegene Skepsis sei nicht auf eine ablehnende Haltung gegenüber zuwandernden Menschen zurückzuführen, sagte die Integrationsexpertin der Bertelsmann Stiftung, Ulrike Wieland. Ursache sei vielmehr die „Sorge um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kapazitäten für eine gelingende Aufnahme und Integration“.

Quelle: MiGLETTER 05.03.2024

Studie: Geflüchtete gehen seltener zum Zahnarzt

Vor einigen Monaten provozierte CDU-Chef Friedrich Merz mit umstrittenen Aussagen zu Zahnarztbesuchen von abgelehnten Asylbewerber*innen. Doch wie sieht die zahmedizinische Versorgung von Geflüchteten tatsächlich aus? Das untersuchte nun eine Studie der Universität Bielefeld. Das Ergebnis: "41,5 Prozent (der Geflüchteten) haben gesagt, dass sie in Deutschland noch nie beim Zahnarzt waren", so Kayvan Bozorgmehr, Leiter der Arbeitsgruppe Bevölkerungsforschung an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Uni Bielefeld. In den vergangenen zwölf Monaten wurden 38,2 Prozent der befragten Geflüchteten zahntechnisch behandelt - der Rest der Bevölkerung war doppelt so häufig beim Zahnarzt. Mehr zur medizinischen Versorgung von Geflüchteten in der Rubrik: <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/migrationflucht-asylversorgung.html#c2526>

Link zur Studie: <https://www.rki.de/>

Quelle: Mediendienst 19.01.2024

Studie: Auf der Flucht gestorben

63.285 Menschen sind in den letzten zehn Jahren auf Flucht- und Migrationsrouten gestorben oder verschwunden. Das sind nur die offiziell registrierten Daten des „Missing Migrants Project“ der Internationalen Organisation für Migration (IOM), die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen. In einer neuen Publikation (<https://missingmigrants.iom.int/>) ordnet die IOM die Zahlen ein und zeigt, welche Routen besonders gefährlich sind. Flucht und Migration werden auch dadurch tödlicher, dass Menschen auf immer gefährlichere Routen gezwungen werden, sagen Expertinnen aus Tunesien und Ägypten in Bezug auf die europäische Migrationspolitik.

Quelle: Mediendienst 28.03.2024

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Amtliche Statistik: Arbeitsmigration von Nicht-EU-Bürgern so hoch wie nie

Im vergangenen Jahr sind so viele Menschen aus dem Nicht-EU-Ausland in Deutschland legal einer befristeten Erwerbsarbeit nachgegangen wie noch nie: 419.000 Personen. Die meisten haben die „Blaue Karte EU“.

Seit dem Abklingen der Corona-Pandemie zieht es eine steigende Zahl von Arbeitswilligen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union nach Deutschland. Zum zweiten Mal in Folge stieg 2023 die Zahl der Ausländer mit befristetem Aufenthaltstitel zum Zweck der Erwerbstätigkeit um jeweils fast ein Fünftel (plus 19 Prozent), wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag in Wiesbaden mitteilte.

In absoluten Zahlen kamen im vergangenen Jahr rund 68.000 weitere Nicht-EU-Bürger zum Arbeiten nach Deutschland. Ihre Gesamtzahl betrug damit zum Jahresende rund 419.000, wie die Statistikbehörde erklärte. 2010 waren es noch 85.000 gewesen. Nachdem die Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Ländern in den Jahren 2020 und 2021 pandemiebedingt gering war, zog sie 2022 wieder an.

„Blaue Karte EU“ häufigster Aufenthaltstitel
Häufigster Aufenthaltstitel sei im vergangenen Jahr die sogenannte „Blaue Karte EU“ gewesen, die die Europäische Union 2012 für akademische Fachkräfte eingeführt habe, hieß es. Voraussetzung für ihre Erteilung seien ein abgeschlossenes Hochschulstudium sowie ein der Qualifikation angemessenes Arbeitsplatzangebot mit einem bestimmten Mindestgehalt.

Ende 2023 verfügten den Angaben zufolge 113.000 Personen in Deutschland, mehr als ein Viertel aller Erwerbsmigrantinnen und -migranten, über eine Blaue Karte EU. Ihre Inhaber kamen vor allem aus Indien (6.000), gefolgt von China (4.000) und der Türkei (3.000).

Quelle: MiGLETTER 03.05.2024

Studie: Rassismus am Arbeitsplatz weit verbreitet

Rechtsextreme Einstellungen am Arbeitsplatz sind in Deutschland weit verbreitet – sanktioniert werden sie nur ganz selten. Das geht aus einer Studie hervor. Experten appellieren an Entscheider und warnen vor den unternehmerischen Folgen.

Rechtsextremismus macht auch vor Werktoeren, Büroräumen oder dem Einzelhandel nicht halt: In Deutschland hat jeder dritte Beschäftigte rechtsextreme Einstellungen am Arbeitsplatz wahrgenommen. Das ergab eine repräsentative Civey-Umfrage im Auftrag von „Gesicht Zeigen!“. Demnach ist fast jeder zehnte Beschäftigte als Opfer rechtsextremer Einstellungen am Arbeitsplatz persönlich betroffen.

„Die Zahlen zeigen, dass Unternehmen handeln müssen“, sagt Geschäftsführerin Sophia Oppermann. Zudem wünschen die Beschäftigten nicht nur eine klare Positionierung der Unternehmen, sondern auch entschiedenes Handeln.

Fast zwei Drittel derer, die rechtsextreme Vorfälle wahrgenommen haben, wünschen sich mehr Engagement seitens der Arbeitgeber. Bei denjenigen, die keine rechtsextremen

Einstellungen wahrnahmen, sind es nur knapp ein Viertel. Die Studie zeigt jedoch ein ernüchterndes Bild: Reaktionen oder Sanktionen der Unternehmen bei rechtsextremen Vorfällen gibt es nur ganz selten. In nur weniger als einem von fünf Fällen wurden den Angaben zufolge Maßnahmen ergriffen. Wurden sie jedoch ergriffen, waren diese oft effektiv: „Rund drei Viertel gaben an, dass die ergriffenen Maßnahmen erfolgreich waren und sich rechtsextreme Vorfälle nicht wiederholten“, heißt es. Auch der Wunsch nach mehr Engagement oder Fortbildungen nehme zu, wenn rechtsextreme Einstellungen im Unternehmen wahrgenommen wurden.

Unternehmen unterschätzen Gefahr durch Rechtsextremismus

Umgekehrt wirken sich rechtsextreme Einstellungen am Arbeitsplatz nach Ansicht einer deutlichen Mehrheit der Beschäftigten negativ auf das Betriebsklima aus. Ein gutes Drittel sieht Schwierigkeiten bei der Fachkräfte-Gewinnung und -Sicherung. Dennoch ist jeder fünfte Beschäftigte und jeder dritte Entscheider der Meinung, dass die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen keinerlei Auswirkungen auf Arbeitsplatz, Ruf des Unternehmens oder Fachkräfte-Sicherung habe. Hier zeigt sich laut Oppermann, dass die Gefahr durch Rechtsextremismus häufig unterschätzt wird. Für die Studie befragte das Meinungsforschungsunternehmen Civey zwischen Januar und Februar 2024 in einer repräsentativen Online-Umfrage 2.500 abhängig Beschäftigte und 2.000 privatwirtschaftliche Entscheider. Auftraggeber war „Gesicht Zeigen!“, eine Initiative, die Menschen ermutigt Menschen, aktiv zu werden gegen Rassismus.

Quelle: MiGLETTER 12.06.2024

Studie: Mehr Menschen mit ausländischen Wurzeln könnten arbeiten

Zahlreiche Branchen suchen händeringend nach Arbeitskräften. Eine Befragung verweist auf mögliche neue Ansätze für Lösungen: Das Potenzial der Bevölkerung mit Migrationserfahrung ist noch lange nicht ausgeschöpft.

Unter der Bevölkerung mit Migrationserfahrung in Deutschland gibt es einer Studie zufolge großes Potenzial für eine höhere Erwerbsbeteiligung. Da die rund 24 Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln in Deutschland im Schnitt relativ jung seien, könnten gerade unter ihnen mehr Arbeitskräfte gewonnen werden, geht aus einer Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) in Wiesbaden hervor.

Um diese Chancen zu nutzen, müsse die Integration von Bürgern mit ausländischen Wurzeln „in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt, den Spracherwerb sowie den Zugang zu frühkindlicher, schulischer und beruflicher Bildung“ aktiv gefördert und nachhaltig gestaltet werden. Beispielsweise könnten die Mütter bei mehr Kitabesuch ihrer Kinder entlastet und so ihr Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden. Bislang gehen Mädchen und Jungen mit ausländischen Wurzeln unter drei Jahren den Angaben zufolge seltener in Kindergärten als Gleichaltrige ohne Migrationserfahrung. Bei 15-Jährigen zeigt sich demnach ein Trend zu höheren Schulabschlüssen.

Weiter Seite 6

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Fortsetzung von Seite 5

Von 2013 bis 2022 sei der Anteil von Gymnasiastinnen mit Migrationserfahrung von 30 auf 38 Prozent gestiegen. Bei gleichaltrigen Mädchen ohne ausländische Wurzeln habe diese Quote 2022 mit 47 Prozent aber deutlich höher gelegen. Ähnliche Unterschiede zeigten sich bei 15 Jahre alten Jungen, wenn auch auf niedrigerem Niveau.

Mehr Migranten mit Abitur

Unter den 25-Jährigen mit Migrationserfahrung gibt es der Studie zufolge sowohl eine steigende Zahl mit dem Abitur in der Tasche als auch eine zunehmende Zahl von Menschen ohne Schulabschluss. 2022 hatten 46 Prozent der Männer unter ihnen und 59 Prozent der Frauen Abitur. Im Vergleich zu 2013 war der Anteil dieser Männer damit um 6 Prozentpunkte und derjenige der Frauen um 10 Punkte gestiegen. Gleichaltrige beider Geschlechter ohne ausländische Wurzeln kamen indes noch immer auf einen fast zehn Punkte höheren Anteil.

Während 2022 bei den 25-Jährigen ohne Migrationserfahrung laut BiB nur 3 Prozent der Männer und 2 Prozent der Frauen ohne Schulabschluss waren, lagen bei Gleichaltrigen mit ausländischen Wurzeln die Vergleichswerte mit 12 Prozent (Männer) und 10 Prozent (Frauen) deutlich höher. 2013 hatte diese Quote in beiden Gruppen laut der Studie noch jeweils 6 Prozent betragen.

Männer mit Migrationserfahrung: Drei von vier erwerbstätig Bürger mit ausländischer Herkunft sind im Vergleich insgesamt auch weniger oft erwerbstätig. Von den 15- bis 64-Jährigen mit Migrationserfahrung arbeiteten 75 Prozent der Männer und 62 Prozent der Frauen im Jahr 2022. Bei den Männern und Frauen der gleichen Altersspanne ohne diesen Hintergrund waren es acht beziehungsweise 17 Prozentpunkte mehr. Allerdings ist dieser Vergleich aufgrund zahlreicher verzerrender Faktoren mit Vorsicht zu genießen.

Datengrundlage der Studie ist der Mikrozensus. Laut der Definition des Statistischen Bundesamtes hat jemand einen Migrationshintergrund, wenn er selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren worden ist.

Quelle: MiGLETTER 14.02.2024

Bevölkerung: Rund 30 Prozent haben Migrationshintergrund

Immer mehr Menschen haben einen Migrationshintergrund. In der Bevölkerung sind es rund 30 Prozent, unter Kindern und Jugendlichen über 40 Prozent. Das ergibt der neue Mikrozensus für 2023. Der enthält neuerdings auch Zahlen zu Menschen mit Einwanderungsgeschichte, also Personen, die selbst oder deren Eltern beide zugewandert sind. Sie machen rund 25 Prozent der Bevölkerung aus. Die wichtigsten Zahlen und Einordnungen gibt es in unserer Rubrik. <https://mediendienst-integration.de/migration/bevoelkerung.html>

Quelle: Mediendienst 19.04.2024

Einbürgerungen: Neuer Höchstwert im Jahr 2023

Rund 200.000 Menschen wurden 2023 in Deutschland eingebürgert. Das zeigen die Zahlen der neuen Einbürgerungsstatistik des Statistischen Bundesamtes. 2023 gab es seit dem Jahr 2000 einen neuen Höchstwert und im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Einbürgerungen um fast 20 Prozent. Die häufigsten Herkunftsländer waren 2023 Syrien, Türkei, Irak, Rumänien und Afghanistan. Alle Zahlen an dieser Stelle. <https://mediendienst-integration.de/migration/staatsbuergerschaft.html#c3711>

Zwischen 2,9 und 4,3 Mio. Personen besitzen neben der deutschen mindestens eine weitere Staatsangehörigkeit. Rund 80,9 Prozent der neu Eingebürgerten durften 2023 ihre bisherige Staatsangehörigkeit behalten. Weitere Informationen zu Mehrstaatigkeit finden Sie hier.

Quelle: Mediendienst 31.05.2024

Staatsangehörigkeitsreform: Mehr als 200.000 offene Einbürgerungsanträge

Am 27. Juni trat die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in Kraft. Dadurch erhalten mehr Menschen Anspruch auf eine Einbürgerung. Der Mediendienst hat in den 50 größten Städten Deutschlands nachgefragt, wie hoch aktuell die Antrags- und Einbürgerungszahlen sind und wie sie mit der steigenden Nachfrage umgehen. Das Ergebnis: Bereits jetzt stapeln sich in vielen Städten die Einbürgerungsanträge: Mindestens 204.000 Anträge sind in Bearbeitung – mehr als alle Einbürgerungen 2023 in Deutschland zusammengekommen. Im vergangenen Jahr wurden außerdem 19 Prozent mehr Einbürgerungsanträge gestellt als 2022 und mehr als doppelt so viele wie 2020. Alle Ergebnisse der Umfrage gibt es hier: <https://mediendienst-integration.de/artikel/Mehr-als-200000-offene-Einbuergierungsantraege>

Quelle: Mediendienst 21.06.2024

Religionsmonitor 2023

Muslim- und Islamfeindlichkeit weit verbreitet

Am gestrigen Donnerstag wurde der Religionsmonitor 2023 der Bertelsmann Stiftung veröffentlicht. Die repräsentative Studie zeigt, dass Ressentiments gegenüber Muslim*innen und dem Islam weiterhin verbreitet sind: So empfindet bereits seit zehn Jahren mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung den Islam als Bedrohung (2023: 52 Prozent). 58 Prozent geben beim Religionsmonitor an, dass sie nicht in eine Gegend ziehen wollen, in der viele Muslim*innen wohnen. Junge Menschen sehen Muslim*innen und den Islam tendenziell weniger negativ als Ältere.

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/zwischen-pauschalisierung-und-differenzierung>

Quelle: Mediendienst 21.06.2024

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

BAMF: Migrationsbericht 2022

Der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erstellte Migrationsbericht 2022 wurde am 10. Januar 2024 durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat vorgestellt. Neben umfassenden Wanderungsdaten zu Deutschland enthält der Bericht einen europäischen Vergleich zum Migrationsgeschehen und zur Asylzuwanderung. Er behandelt das Phänomen der irregulären Migration und informiert über die Struktur und Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland.

Wesentliche Ergebnisse

Historisch hohe Zuwanderung durch Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine

In 2022 sind insgesamt rund 2,7 Millionen Menschen (2.665.772) nach Deutschland zugewandert und 1,2 Millionen (1.203.683) Menschen aus Deutschland fortgezogen - damit wurde ein Wanderungssaldo von +1.462.089 erfasst. Im Vergleich zu 2021 hat sich die Nettomigration mehr als vervierfacht und verzeichnete damit ihren bislang höchsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen der Wanderungen im Jahr 1950.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat eine der größten Fluchtbewegungen innerhalb Europas seit dem Ende des 2. Weltkriegs ausgelöst. Seit Beginn des Krieges kamen über 1 Million Geflüchtete aus der Ukraine nach Deutschland, mehrheitlich Frauen und Kinder. Um diesen Menschen einen schnellen Schutz zu gewähren, hat der EU-Rat am 4. März 2022 erstmalig die "Richtlinie zum vorübergehenden Schutz" der EU (2001/55/EG) aktiviert. Geflüchtete aus der Ukraine können ohne Visum nach Deutschland einreisen und müssen kein Asylverfahren durchlaufen, sie erhalten einen humanitären Schutzstatus auf Grundlage von § 24 AufenthG. 2022 wurden insgesamt 828.885 Menschen mit diesem Schutztitel aufgenommen.

Migration größtenteils aus bzw. in europäische Staaten
Das Migrationsgeschehen nach bzw. aus Deutschland ist seit Jahren vor allem durch Zuwanderung aus bzw. Abwanderung in andere europäische Staaten gekennzeichnet. Der Anteil aus den europäischen Staaten ist im Jahr 2022 mit 76,2 Prozent deutlich gestiegen (2021: 63,8 Prozent). Dies spiegelt vor allem die hohe Zuwanderung aus der Ukraine wider. Durch diese Entwicklung ist der Anteil aus EU-Staaten deutlich zurückgegangen, obwohl diese Zuwanderung in absoluten Zahlen etwas zugenommen hat. Konkret kamen 24,6 Prozent der zugewanderten Personen aus Staaten der EU (2021: 46,7 Prozent). Auch bei den Fortzügen war Europa die Hauptzielregion, 71,0 Prozent Personen zogen im Jahr 2022 aus Deutschland in ein anderes europäisches Land (2021: 67,9 Prozent). 47,2 Prozent wanderten in EU-Mitgliedstaaten ab (2021: 54,0 Prozent).

Zuwanderung aus humanitären Gründen

Im Jahr 2022 stellten mit 217.774 deutlich mehr Menschen einen Asylerstantrag als noch 2021 (148.233, Steigerung um 46,9 Prozent). 24.791 (11,4 Prozent) der im Jahr 2022 gestellten Asylanträge entfielen auf in Deutschland geborene Kinder im Alter von unter 1 Jahr. Im Jahr 2021 lag dieser Anteil noch höher bei 17,5 Prozent. 2022 waren somit 192.983 Asylerstanträge (88,6 Prozent) grenzüberschreitend (2021: 122.354).

Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen

Insgesamt reisten im Jahr 2022 93.960 Personen ein, denen anschließend ein Aufenthaltstitel aus familiären Gründen erteilt wurde (2021: 84.095). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl um 11,7 Prozent. In 11.060 Fällen handelte es sich dabei um Angehörige von Schutzberechtigten¹, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland gekommen sind. Ihr Anteil am gesamten Familiennachzug betrug 11,8 Prozent. Mehr als die Hälfte (57,6 Prozent) aller erteilten Aufenthaltstitel aus familiären Gründen betraf den Nachzug von Ehe- bzw. Lebenspartnerinnen und -partnern, ein gutes Drittel (32,4 Prozent) minderjährige Kinder.

Bildungsmigration

Insgesamt wurden im Jahr 2022 60.395 Aufenthaltstitel zu Bildungszwecken an Personen erteilt, die im selben Jahr eingereist sind (2021: 41.840). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl um 44,3 Prozent. In 44.690 Fällen handelt es sich dabei um Personen, die zum Zweck eines Studiums nach Deutschland zugewandert sind. Mit einem Anteil von 74,0 Prozent ist dies die größte Gruppe in der Bildungsmigration. Im Vergleich zum Vorjahr stieg diese Zahl um 23,8 Prozent (2021: 36.100). Die zweitgrößte Gruppe mit einem Anteil von 13,3 Prozent umfasst 8.045 Personen, die zum Zweck einer Berufsausbildung aus Drittstaaten nach Deutschland zugewandert sind (2021: 5.420, +48,4 Prozent). Für Maßnahmen mit dem Ziel der Anerkennung einer ausländischen Qualifikation wanderten 4.240 Personen zu (2021: 3.260; +30,1 Prozent) und zu sonstigen Bildungszwecken 3.425 (2021: 2.475; +38,4 Prozent).

Zuwachs der Erwerbsmigration aus Nicht-EU-Staaten

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) trat zum 1. März 2020 eine wesentliche gesetzliche Änderung für die Erwerbsmigration nach Deutschland in Kraft, die das Ziel hat, Deutschland für die Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten noch attraktiver zu machen. Zeitgleich bremste jedoch die sich ausbreitende COVID-19-Pandemie die internationale Mobilität und somit auch den Zuzug von Erwerbsmigrantinnen und Erwerbsmigranten. Seit 2021 konnte wieder ein Anstieg der Zahlen verzeichnet werden. Im Jahr 2022 sind 73.065 Personen nach Deutschland eingereist, die einen Aufenthaltstitel zur Erwerbsmigration erhielten. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber 2021 um 77,8 Prozent.

Betrachtet man die Struktur der Erwerbsmigration nach Deutschland im Jahr 2022, so zeigt sich, dass es sich bei der Mehrheit der Beschäftigten aus Drittstaaten um Fachkräfte mit anerkanntem Abschluss (Definition nach § 18 AufenthG) handelt (insgesamt 38.820 Personen bzw. 53,1 Prozent,) 61,0 Prozent bzw. 44.595 der zugewanderten Personen sind in einem breiteren Sinne solche mit qualifizierter Tätigkeit. Bei 39,0 Prozent handelt es sich demnach um solche mit einer Tätigkeit ohne eindeutig bestimmbares Qualifikationsniveau.

Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern
Seit 2013 konnte bei der Zuwanderung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und ihrer Familienangehörigen ein leichter Wiederanstieg registriert werden, bedingt durch gesetzliche Änderungen, die vor allem die Familienzusammenführung erleichterten. Im Jahr 2020 wurden hingegen nur 4.309 Personen als Spätaussiedlerinnen bzw. Spätaussiedler durch das Bundesverwaltungsamt registriert, was wiederum durch Einschränkungen infolge der COVID-19-Pandemie zu erklären ist.

Weiter Seite 8

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Fortsetzung von Seite 7

Im Jahr 2022 lag wie bereits im Jahr zuvor die Anzahl der registrierten Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler wieder auf dem Niveau von 2019 (7.010).

Deutschland im europäischen Vergleich Zielland Nummer eins

Im europäischen Vergleich (Gesamt- und Asylzuwanderung in absoluten Zahlen) ist Deutschland weiterhin das Hauptzielland von Migration. Einen hohen Anteil an der Zuwanderung verzeichnen in der EU auch Spanien, Frankreich, Italien und Polen.

28,7 Prozent der Bevölkerung Deutschlands haben einen Migrationshintergrund

2022 lebten nach Zahlen des Mikrozensus in den deutschen Privathaushalten 23,8 Millionen Menschen, die selbst oder bei denen mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht seit Geburt besitzen. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund von 28,7 Prozent. Mehr als die Hälfte davon sind deutsche Staatsangehörige, fast zwei Drittel selbst zugewandert. Selbst zugewanderte Personen leben im Durchschnitt seit rund 21 Jahren in Deutschland, mehr als ein Drittel (39,7 Prozent) aber auch weniger als 10 Jahre. Gemäß dem neuen, alternativen Konzept der "Personen mit Einwanderungsgeschichte" betrug deren Zahl im Jahr 2022 etwa 20,2 Millionen. Dies umfasst Menschen, die selbst oder bei denen beide Elternteile ab 1950 in die Bundesrepublik eingewandert sind.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

GLOBALE NACHRICHTEN

1,5 Prozent der gesamten Weltbevölkerung vertrieben

Ein Blick auf die angespannte Weltlage mit immer mehr Kriegen und Konflikten genügt und es ist klar: Die Zahl der Vertriebenen steigt weiter. Zu Kriegen und Konflikten kommt ein weiteres Problem. So viele Menschen wie nie zuvor sind weltweit vor Gewalt, Krieg, Konflikten und Verfolgung auf der Flucht. Im Mai waren es 120 Millionen, fast zehn Prozent mehr als vor einem Jahr, wie das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR am Donnerstag in Genf berichtete. Es war der zwölfte Anstieg der Zahlen in Folge. Rund 1,5 Prozent der gesamten Weltbevölkerung ist damit aus ihrer Heimat vertrieben, wie aus dem neuen Weltflüchtlingsbericht hervorgeht.

Gut zwei Drittel der Menschen sind innerhalb der Grenzen des eigenen Heimatlandes auf der Flucht. Der Eindruck, dass Migranten und Flüchtlinge vor allem in reiche Länder strömen, sei falsch, sagte der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Filippo Grandi. „75 Prozent derjenigen, die vertrieben werden, im eigenen Land oder ins Ausland, leben in armen Ländern oder solchen mit mittleren Einkommen“, sagte Grandi. Zum Großteil seien nicht die reichen Länder betroffen, obwohl manchmal dieser Eindruck erweckt werde, sagte er. Die meisten Menschen harren nach der Flucht in Nachbarländern in der Hoffnung aus, zügig in ihre Heimat zurückkehren zu können.

GLOBALE NACHRICHTEN

Deutschland hat nach den USA die meisten Asylgesuche. Bei den Menschen, die keine Chance auf baldige Rückkehr sehen, standen die USA und Deutschland hoch im Kurs: Die USA verzeichneten mit Abstand die meisten Asylanträge, insgesamt 1,2 Millionen. Danach folgte mit großem Abstand Deutschland mit rund 330.000 Anträgen, vor Ägypten, Spanien und Kanada.

Die Zahlen sind von Jahr zu Jahr nur bedingt vergleichbar, weil die Datenlage in manchen Ländern besser wird und die Erhebungsmethoden sich teils ändern. Rekorde beziehen sich auf den Zeitraum seit 1951, als das UNHCR erstmals Flüchtlingszahlen ermittelte.

„Erschütternder Rekord“

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze hat angesichts der Zahlen (SPD) vor einem Sparkurs in der Entwicklungshilfe gewarnt. Der dramatische Anstieg der Flüchtlingszahlen zeige deutlich, dass gerade jetzt mehr und nicht weniger Entwicklungszusammenarbeit gebraucht werde. Die Bundesregierung verhandelt derzeit über den Haushalt für das kommende Jahr. Dem Entwicklungsministerium drohen dabei deutliche Einschnitte.

Schulze betonte, ausgerechnet die ärmsten Länder zeigten die größte Aufnahmebereitschaft für Flüchtlinge und trügen die schwerste Last. Die deutsche Entwicklungspolitik unterstütze die Aufnahmeländer und -gemeinden, beispielsweise bei der Bereitstellung von sauberem Wasser, ausreichend Nahrung, medizinischer Versorgung und Bildung. „Entwicklungspolitik schafft Perspektiven vor Ort und für eine Rückkehr in die Heimat, sie ist eine Investition in Frieden und Sicherheit weltweit“, sagte Schulze. Das liege auch im deutschen Interesse.

Klimakrise verschärft Lage

Regionen, die durch Konflikte, Armut, Hunger und schlechte Regierungsführung geprägt sind, liegen auch dort, wo die Klimakrise besonders spürbar ist, heißt es in dem Bericht: „Ende 2023 lebten fast drei Viertel der gewaltsam Vertriebenen in Ländern, die hohen bis extrem hohen klimabedingten Gefahren ausgesetzt waren.“ Dazu gehörten die Demokratische Republik Kongo, Somalia, Sudan, Syrien und Jemen.

Der Kampf um Ressourcen in Zufluchtsländern, die vom Klimawandel stark betroffen sind, könne weitere Fluchtbewegungen auslösen, etwa dort, wo das Trinkwasser schon knapp ist, oder Dürre immer mehr Ernten vernichtet und Vieh mangels Wasser und Nahrung verendet.

Quelle: MiGLETTER 14.06.2024

EU-Asylzahlen: Mehr Asylanträge, mehr positive Bescheide

Im Jahr 2023 wurden nach Angaben der Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) rund 1,1 Millionen Asylanträge in der EU gestellt. Das sind 18 Prozent mehr Asylanträge als im Vorjahr. Auch der Anteil der positiven Entscheidungen bei Asylanträgen ist gestiegen und liegt europaweit bei rund 43 Prozent. Aktuelle Informationen zu Asylanträgen in Deutschland und in der EU in unserer Rubrik.

<https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/zahl-der-fluechtlinge.html#c1159>

Quelle: Mediendienst 01.03.2024

Buchempfehlungen - Downloads - Termine

Handreichung "Feindbild Migration"

Durch Fehl- und Desinformation sollen Menschen gezielt verunsichert und die Gesellschaft durch Feindbilder gespalten werden. Dabei finden rassistische Vorurteile zunehmend Eingang in migrationsfeindliche Narrative, die auch außerhalb rechtsextremer Kreise Verbreitung finden. Die Handreichung zeigt, wie solche Narrative aufgedeckt werden können.

Quelle: <https://neuemedienmacher.de/wissen-tools/falschinformationen/>

Buch „Glaubensspuren – Jüdische, muslimische und christliche Lebensrealitäten in Ostdeutschland“

Wie viele jüdische, muslimische und christliche Menschen leben in Ostdeutschland? Wie leben sie ihren Glauben? Und wie verbunden sind die religiösen Communities vor Ort? Mit diesen Fragen befasst sich das neue, zweite Buch der Denkfabrik Schalom Aleikum im Zentralrat der Juden, welches im Dezember 2023 im Hentrich & Hentrich Verlag erschienen ist. Die Denkfabrik ist ein Forschungsprojekt, das sich auf die Fahne geschrieben hat, Wissenschaft, Praxis und dialogischen Austausch auf akademischer und zivilgesellschaftlicher Ebene zu vereinen. Diesem Anspruch wird auch „Glaubensspuren“ gerecht und lenkt dabei den Fokus auf eine Region, die beim Thema interreligiöser Dialog oft aus den Augen verloren wird.

<https://www.hentrichhentrich.de/buch-glaubensspuren.html>

Quelle: Mediendienst 12.01.2024

Leitfaden: Familiennachzug

Der Kölner Flüchtlingsrat hat im Rahmen eines UNO-Projektes Ende 2023 einen neuen praxisnahen Leitfaden zum Familiennachzug verfasst. Hier geht es zum Leitfaden:

<https://koelner-fluechtlingsrat.de/>

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Buch: Geteilte Arbeitswelten

Der neue Band „Geteilte Arbeitswelten. Konflikte um Migration und Arbeit“ präsentiert mehrere Forschungsprojekte. Es geht zum Beispiel um die Ausbeutung von Geflüchteten in der Ausbildungsduldung. Oder was geflüchtete Frauen gegen Rassismus im Job tun oder wie Gastarbeiter*innen jahrelang um Teilhabe in deutschen Gewerkschaften gekämpft haben. Die Forschenden schauen auch über den deutschen Tellerrand hinaus.

<https://idw-online.de/de/news835175>

Quelle: Mediendienst 05.07.2024

Zentrum für Integration und Migration der Landeshauptstadt Erfurt

Impressum

Herausgeber:

IB Mitte gGmbH

Rosa-Luxemburg-Str. 50

99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

E-Mail: zim@integration-migration-thueringen.de

Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Anita Müller

Handreichung zum Dublin-Verfahren

Die Broschüre „Das Dublin Verfahren Grundlagen, Verfahrensablauf und Praxistipps“ des Informationsverbands Asyl und Migration, der Diakonie Deutschland und Pro Asyl gibt einen umfassenden Überblick über die Dublin-III-Verordnung und den Ablauf von Dublin-Verfahren. Als Arbeitshilfe bietet die Broschüre zahlreiche Praxistipps, Hinweise und Fallbeispiele für die Beratungspraxis.

Zu finden ist sie hier: https://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/publikationen/Arbeitshilfen/Dublin-Verf-2024web.pdf

Quelle: Informationen aus dem Büro der Thüringer Integrationsbeauftragten 15.02.2024

Der Familiennachzug. Ein Leitfaden

Der Kölner Flüchtlingsrat e.V. hat seinen umfassenden Leitfaden zum Familiennachzug aktualisiert. Er steht als pdf zum Download zur Verfügung:

https://www.fluechtlingsrat-thr.de/sites/fluechtlingsrat/files/pdf/Familiennachzug/2024%2004_FR%20K%C3%B6ln_Leitfaden%20Familiennachzug.pdf

Zum Inhalt:

Der Leitfaden richtet sich an die Betroffenen sowie begleitenden Privatpersonen und Institutionen geflüchteter Minderjähriger und Erwachsener. Er soll als Anleitung und Überblick über die wichtigsten zu erfüllenden Voraussetzungen für den Familiennachzug nach Abschnitt 6 des Aufenthaltsgesetzes dienen. Eine Beratung durch die Fachstellen soll nicht ersetzt, sondern ergänzt werden. Mit dem Leitfaden sollen mehr Menschen die Möglichkeit erhalten, selbstständig das Antragsverfahren für die Visa zur Familienzusammenführung zu durchlaufen.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

Dossier: Kurden in Deutschland

Kurdinnen und Kurden gehören zu den größten Einwanderergruppen Deutschlands – circa 1,3 Millionen leben hier. Aus welchen Ländern und wann sind sie eingewandert? Wie leben sie in Deutschland? Und welche Erfahrungen machen sie mit anti-kurdischem Rassismus? Der Mediendienst hat in einem neuen Dossier Zahlen, Fakten und Studien zu Kurd*innen in Deutschland zusammengestellt. Das Dossier finden Sie hier:

<https://mediendienst-integration.de/gruppen/kurden.html>

Quelle: Mediendienst 09.02.2024

Deutschland-Monitor '23

Für die Entwicklung politischer Einstellungen ist laut dieser Studie neben individuellen Merkmalen auch das Wohn- und Lebensumfeld entscheidend. Trotz einer Angleichung der Lebensqualität fühlen sich Ostdeutsche häufiger "abgehängt" und sind zudem auch häufiger unzufrieden mit der Demokratie als Menschen in Westdeutschland. Die Autorinnen und Autoren kommen zu dem Schluss, dass die regionale Strukturpolitik noch stärker auf wirtschaftlich schwache Regionen abzielen sollte. Sie sollte insbesondere Anreize setzen für den Verbleib bzw. die Gewinnung junger Menschen. Dabei kann Ortsverbundenheit und ein positiv empfundener sozialer Zusammenhalt eine Rolle spielen.

Näheres unter: <https://deutschland-monitor.info/>

Quelle: Thüringer Zentrum für Interkulturelle Öffnung – Newsletter 19.03.2024